



Interview mit Peter Boehringer von der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft e.V.

krisenfrei.de

Sehr geehrter Peter Boehringer, ich möchte gerne auf Ihren Artikel vom 9. März dieses Jahres, [Grundsätzliches und Pragmatisches zur Zinsfrage](#), eingehen. Darin schreiben Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, dass nicht der Zins und Zinseszins das Problem unseres heutigen Geldsystems ist, sondern das „fractional reserve banking“. Ich darf Sie zitieren: „*Geschäftsbanken erschaffen im gesetzlich oligopolisierten Zusammenspiel mit den Zentralbanken durch Monetisierung eines Realpfands Papiergeld, ohne dass sie selbst der Leistungserbringer sind. Dennoch stehen ihnen die Zinsen aus dieser Geld-/(Schuldschein-)Emission voll zu. Dies ist bereits bedenklich – fatal wird der Vorgang jedoch erst durch die ungeheure Multiplikationskraft der Banken*“.

Ich stimme Ihnen zu, dass das „Fractional Reserve Banking“ ein gefährlicher Akt der Geldvermehrung ist. Wie aber kommt es dann, dass diese gewaltige Geldvermehrung noch nicht zur höheren Inflation geführt hat, wobei wir uns doch eher in einer deflationären Phase befinden?

Peter Boehringer

Zwei Antworten darauf: zum *einen* läge eine ehrlich gerechnete Inflationsrate auf Basis eines statisch-unverändert belassenen Warenkorbs schon heute über der 4-5%-Marke – also auf dem Niveau der inflationären 1970er und damit in durchaus hohem Terrain. Dies wird über diverse regelmäßige Statistikanpassungen verschleiert – Stichwort „hedonische“ Anpassungen; oder auch über die ganz konsequente alljährliche *Niedriger*-Gewichtung von *teurer* gewordenen Korbinhalten und umgekehrt *Höher*-Gewichtung von *günstiger* gewordenen Waren. Dies mit der „interessanten“ Begründung „*Teures wird ja von den Menschen gegen Billiges substituiert*“ – als ob das so ohne Weiteres ohne Verlust von Lebensqualität oder auch *überhaupt* möglich wäre...

Der ehrlich gerechnete *Realzins* bei aktuell vielleicht 1-2% Sparsbuchzinsen liegt schon heute bei minus 3 bis minus 4% – damit durchaus bereits wieder auf dem Niveau der 1970er. Aber so wird es eben offiziell nicht berichtet, obwohl viele Menschen dies etwa beim Nahrungsmittelleinkauf oder auch bei anderen Waren durchaus spüren.

Die *andere* Feststellung muss die sein, dass die Falschgeld-Drucker der Staaten bzw. Notenbanken aus den Inflationskrisen der Vergangenheit *gelernt* haben – und sich eben per Rechtsbeugung und mittels „Finanztechnik“ Vehikel zur Verschleierung und vor allem zur Verzögerung der Inflationseffekte geschaffen haben: Speziell in EUropa ist ja nun seit Ende 2012 der *illegale ESM* operativ. Ein schon völkerrechtlich perverses, vollimmunisiertes und komplett intransparentes Konstrukt, über das in planwirtschaftlich und komplett geheimer Manier *einzelne* Marktteilnehmer -ausschließlich Staaten, Banken, Großkonzerne- mit praktisch kostenlosen Krediten versorgt („gerettet“) und *für diese* Player sogar die Zinsen auf nahe Null gesenkt werden. Dies im symbiotischen Zusammenspiel mit der EZB und den Geschäftsbanken. Auf diese Weise werden in planwirtschaftlicher Manier die Aber-Milliarden -durch vorherige Zockerei entstandenen- Bilanzverluste dieser auserwählten („gleichen“) Institutionen ausgeglichen, was Billionen-Geschenken an die Banken durch die Bürger und Steuerzahler gleichkommt, während nebenan z.B. ein „nicht-systemrelevantes“ kleines Autohaus, das Opfer einer Flutkatastrophe wurde, getrost pleite gehen darf...

Im Ergebnis fließen die vielen Hundert Milliarden an eine kleine Clique von willkürlich protegierten Insider-Institutionen und eben zunächst nicht vollständig inflationstreibend in den allgemeinen Konsummarkt. Inflations-Erscheinungen zeigen sich dabei zunächst in einzelnen Vermögenmärkten (derzeit nicht in Gold, das wäre ein system-unerwünschtes Inflationssignal) – und eben nicht im Statistik-relevanten allgemeinen Inflationsindex, in dem oft diese Vermögenklassen untergewichtet oder gar nicht vertreten sind (s.o.). **Diese Möglichkeiten der Geldfluss-Steuerung in willkürliche, einzelne Anlageklassen und -märkte war Keynesianern früherer Jahrzehnte mangels entsprechender Finanzvehikel und aus Gründen noch vorhandener Rechtsgleichheit der Marktteilnehmer inklusive Insolvenzrisiko für alle verschlossen.** Deswegen stiegen zB in den 1970ern *alle* Preise einigermaßen *gleichmäßig* mit den Geldmengen; damals auch noch inklusive des Goldpreises. Heute stauen sich neu gedruckte Geldmengen (verschleiert auch über Kredit- und „Garantie“-Konstruktionen von EU, ESM, EFSF, „Bankenunion“, usw.) vielfach erst mal für unbestimmte Zeit auf. Siehe dazu meinen schon Jahre alten Artikel „*Es sind doch bloß Garantien*“.

krisenfrei.de

Und noch ein Zitat aus Ihrem o.g. [Artikel](#) „Der allergrößte Teil des sogenannten „Zinsproblems“ resultiert seit 100 Jahren nicht aus dem Zinssatz selbst, sondern aus der Zinsnahme auf ILLEGAL

GESCHÖPFTES VIRTUELLES FALSCHGELD. Dieses wird auf Basis einer winzigen real erarbeiteten/angesparten (und damit einzig legitim zinstragenden) Kapitalbasis mit etwa dem Faktor 50 multipliziert. 98% des Kapitals ist damit heute solches Falschgeld. Es trägt aber real Zinsen. DAS ist der riesige Hauptteil des „Zinsskandals“ heute!“

Absolut korrekt. Wollen Sie damit sagen, dass wir heute nicht die ganzen Probleme hätten, wenn Banken nur das Geld verleihen würden, was ihre Kunden angespart haben und Staaten nur Anleihen für echte Ersparnisse herausgeben dürften?

Peter Boehringer

Ja, ganz genau das will ich sagen. Mit einer ganz kleinen Einschränkung, die ich im oben von Ihnen verlinkten Artikel gemacht habe („zwei Prozent Restproblem“). Leider haben wir eine solche in der Realwelt verankerte Geldschöpfung aus angespartem Arbeitseinkommen schon lange nicht mehr. Genauer gesagt hatten wir eine 100%ige Voldeckung der Währungen (etwa mit Gold) sogar noch *niemals*: selbst in den besten Zeiten des goldgedeckten Geldes in Deutschland war die Geldmenge maximal zu 40% gedeckt (um 1900). Doch diese Verankerung hatte völlig ausgereicht, um Inflation bzw. Teuerung fast vollständig zu eliminieren. Für viele Jahrzehnte bis 1913.

Übrigens würde ich sogar noch weiter gehen als in Ihrer Frage suggeriert: Es sollte Sparern / Einlagekunden von Banken sogar erlaubt sein, der Weiterverleihung ihrer Spareinlagen durch ihre Bank *ganz generell* zu widersprechen. Dann bekämen sie (mangels Risikoübernahme) zwar *keine Zinsen* auf ihre Sparguthaben. Doch für eine reine Verwahrung (welche im Gegensatz zu Freigeld-Ideologien auch keineswegs „wirtschaftsschädlich“, sondern völlig menschlich-natürlich und geradezu existenziell notwendig für Alters- und Krankheitszeiten wäre!) gibt es eben keinen Zins. In den allerersten Anfängen des Bankwesens musste für die Hinterlegung etwa bei Goldschmieden sogar eine kleine Verwahrgebühr bezahlt werden. Leider begann schon damals heimlich das so extrem fatale Bruchteilsreserve-Banking mit virtuell-betrügerischer Geldvermehrung aus dem Nichts und mit Zinserhebung auf nie real erarbeitetes und damit nicht existentes „Falschgeld-Kapital“. Heute ist dieser Betrug längst institutionalisiert. Die Welt der Großbanken arbeitet –je nach verbliebener Hinterlegungsverpflichtung– mit dem o.g. Betrugshebel von etwa 50 bzw. 5000%! Dies ist der Kern des größten Betrugs der Neuzeit. Die Zins-Rechtfertigungsdebatte selbst ist davon zunächst völlig unberührt. Mein Hauptargument ist die bereits fehlende Legitimität der Kapitalbasis – nicht die des Zinsnehmens an sich.

krisefrei.de

Demnach hätten wir heute also nicht das gewaltige Staatsschuldenproblem. Oder liegt das Staatsschuldenproblem nicht doch vielmehr an den unverantwortlichen Regierungsvertretern der letzten Jahrzehnte, die nur darauf aus sind, auf Kosten der Steuerzahler nicht bezahlbare Wahlgeschenke zu verteilen?

Peter Boehringer

Das eine schließt das andere ja nicht aus. Politiker (und u.U. auch ihre Wähler) haben *immer* mehr Geldbedarf und Geldwünsche als Spar- und Steuerkapital zur Verfügung steht. Das Axiom der Knappheit ist eine ökonomische Basisfeststellung. Nur gute Gesetze und vor allem Geld-Wettbewerb oder auch naturgesetzlich knapp gehaltenes gutes Geld können solche niemals verhinderbaren ausufernden Ausgabenwünsche bremsen.

Im Gegensatz zu einigen anderen schreibenden Kollegen bin ich jedoch der Meinung, dass das Problem der „Wählerbestechbarkeit“ bzw. der „[Kollektiven Korruption](#)“ in einem gut aufgesetzten Geld- und Staatssystem nicht auftreten würde. Im *Minimalstaat* mit den einzig legitimen Staats-Aufgaben der Verteidigung nach außen und der Durchsetzung des Rechts nach innen ohnehin nicht. Doch *selbst noch heute*, in der pervertierten vollpolitisierten Planwirtschafts-Ökonomie mit zwangsmonopolisiertem Falschgeld wäre etwa in Deutschland ohne Aufschuldungs-Sünden der Vergangenheit noch immer ein ausgeglichener Haushalt möglich.

Im Buch „[Der private Rettungsschirm](#)“ hatte ich dazu geschrieben:
“Die offizielle staatliche Neuverschuldung in Deutschland wäre ohne Zinszahlungen auf Altschulden fast immer negativ gewesen. Mit anderen Worten: Ohne Schuldensünden der Vergangenheit gäbe es kein Defizit, sondern einen Staatsüberschuss; es würden in diesem Land Milch und Honig fließen.“

krisefrei.de

Es ist in letzter Zeit so viel von Rettungen zu hören. Herr Boehringer, halten Sie das System der parlamentarischen Demokratie, so wie es sich jetzt darbietet, noch für rettbar? Wenn ja, was bringt sie zu dieser Hoffnung? Wenn nein, haben Sie eine Idee, welche Umbaumaßnahmen es in groben Zügen braucht?

Peter Boehringer

Ich sehe es für mich als langjährigem Advokaten der bürgernahen, direkten Demokratie mit umfassender Anwendung des Subsidiaritäts-Prinzips nicht als meine Aufgabe an, ausgerechnet die

PARLAMENTARISCHE Demokratie (die, wie heute zunehmend offenkundig wird, korrumpierbar ist) zu rechtfertigen.

Basisdemokraten fordern, dass

- a) **so wenig wie möglich überhaupt in Parlamenten entschieden wird ...**
- b) **... damit so viel wie möglich direkt durch die Bürger per Abstimmung entschieden werden kann**; wobei ich viel positivere Ergebnisse erwarte als die allgemeinen Bürger- und Menschen-Skeptiker von links bis rechts – also von den totalitären Rätekommunisten bis hin zu den elitären Monarchisten!

Streng subsidiär bedeutet einfach, dass Entscheidungen idealerweise auf *der tiefstmöglichen* Ebene getroffen werden, wo sie *Auswirkungen* haben werden. Die Menschen der jeweiligen Ebene wissen in aller Regel am besten, was gut für sie ist und was die richtigen Entscheidungen sind. Die zunehmende Tendenz zur Zentralisierung und Ver-Planwirtschaftlichung der Entscheidungen in immer größere, zentralere, bürger-, markt- und demokratiefeerne Einheiten (EU-Kommissionen, UN-Ausschüsse, gekaufte NGOs oder gar „Weltklimaräte“) zeitigt *immer* suboptimale und oft totalitär-gängelnde Ergebnisse.

Gleichzeitig *relativiert* sich aber das Problem der passenden Repräsentationsebene und der passenden Mitspracherechte des Volkes durch das auch von mir geforderte Konzept des **Minimalstaats**. Im [Nachruf auf Roland Baader](#) hatte ich wie folgt formuliert:

„Ja, Baader machte berechnete Vorbehalte ggü. der ‚Demokratie‘ - womit aber eben vor allem die nicht repräsentative Demokratie in viel zu großen Einheiten (EU / gar die elitäre Weltregierung ...) gemeint war. Zudem relativiert sich die Frage nach dem Wert der Demokratie dadurch, dass der wahrhaft Libertäre eine superschlanke Staatsform als Maximum, hoheitlicher Gewalt fordern muss, in der es angesichts der geringen verbleibenden Staatsmacht in diesem idealtypischen Minimalstaat letztlich fast egal wäre, ob diese Restmacht demokratisch oder monarchisch oder sonstwie beherrscht und ausgeübt würde.“

Es ist somit nicht die Frage, wie wir die parlamentarische Demokratie reformieren, sondern es ist die Frage, wie wir die vom Staat ohne Not und ohne Auftrag angemessenen Aufgaben um wenigstens 75% reduzieren! Dann relativiert sich sofort die Frage nach der angemessenen Vertretung und Ausübung der verbleibenden Macht. Und da Macht = Geld ist, muss logischerweise und realistischerweise das Politsystem *zusammen* mit dem Geldsystem kuriert werden. Ohne Falschgeld keine Falschpolitik!

krisefrei.de

Die tägliche Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen liegt bei ca. 180 Millionen Euro. Die ab 2016 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse erscheint in diesem Zusammenhang ein schlechter Witz zu sein.

Wie ist Ihre Meinung dazu?

Peter Boehringer

Die „Schuldenbremse“ wird etwa den Effekt des berühmten „Stabilitätspaktes“ haben. Schon 2005 schrieb ich in „[Pacta non sunt servanda: Die wahre Bedeutung des Stabilitätspaktes](#)“ dazu : „*Stabilität verliert man in kleinen Raten*“. Politische Euphemismen wie „Stabilitätspakt“ oder „Schuldenbremse“ sind in einer Mediendemokratie immer nur Show für die Öffentlichkeit, hinter der man später alle Stabilitätsversprechungen langsam abbauen kann. In Europa anno 2013 kommt noch hinzu: Solange in den Systemmedien „Garantien“ und „Bürgschaften“ nicht korrekterweise als uneinbringliche Kredite und damit als *bereits heute sichere* Aufschuldung Deutschlands betrachtet werden, wird der einfache Mann nicht verstehen können, dass jeder „Schuldenbremsen“-Effekt geradezu *witzig* wäre bezogen auf die 500-1000 Mrd EUR, die wir derzeit etwa pro Jahr über EFSF, ESM, EZB, Bankenunion, Target2 „aufgarantieren“ und damit implizit aufschulden.

Und noch eines dazu: Dass Schulden ohne eine Geldvermögen-vernichtende Währungsreform schon aus rein *systemischen* Gründen des Falschgeldsystems (Geld = Kredit) nicht rückzahlbar sind, ist natürlich auch wahr. Dieses Trivialwissen kann man aber sicher bei „**krisefrei**“-Lesern einfach voraussetzen. Erst durch eine nur per Währungsreform mögliche Schuldausbuchung *ohne* „Umschuldung“ und damit *ohne* erneute Schuldeinbuchung wird echte *nominale Tilgung* von (Staats)Schulden möglich. Mit allen deflatorischen Konsequenzen. *Real* ging es zwar 1923 in Deutschland auch mal per Hyperinflation – aber selbst diese scheinbar *inflationäre* Entschuldung wurde dann 1924 nach der kurzen Rentenmark-Episode durch die Umwandlung von 1 Billion Mark gegen 1 (neue) Reichsmark *deflationär* vollzogen.

krisefrei.de

Die öffentlichen Schulden der Bundesrepublik Deutschland liegen derzeit bei etwa 2,1 Billionen Euro. Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen hat im Jahr 2011 errechnet, dass, nimmt man die ganzen zukünftigen Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu, die Gesamtschulden in etwa sieben Billionen Euro betragen. Gemessen an dem BIP liegt demnach die Verschuldung bei ca. 265 Prozent. Somit ist Deutschland bereits mehr als pleite. Sehe ich das zu pessimistisch, oder gibt es noch ein Entrinnen aus diesem Schuldendesaster?

Peter Boehringer

Nun ja, wir sprechen in der Tat –wenn man diese Zahlen mal so glaubt– von über 85.000 EUR an expliziten und impliziten **Staatsschulden** für jeden deutschen Staatsbürger. Bei gleichzeitig geschätztem Spar-Vermögen pro Kopf von 50.000 EUR ist erkennbar, dass **eine komplette Rückzahlung weder bei der Masse der Individuen noch in der Gesamtheit möglich sein wird. Nicht einmal dann, wenn wir eine Totalenteignung verfügen wollten, was übrigens eine Todsünde gegen die menschliche Existenz wäre! An diesen Rechnungen wird auch schnell erkennbar, welche Volksverdummung die Grünen mit ihren Vermögenssteuer-Plänen, mit denen sie immerhin 100 Mrd EUR einsammeln wollen, betreiben. Nichts wäre dadurch gelöst – der Staat nicht einmal im totalitären Extremfall der Totalenteignung auf diese Weise entschuldbar.** Nein, die künftigen Rentnergenerationen werden sich darauf einstellen müssen, dass ihre Rentenansprüche nicht eingelöst werden. Zwar vermutlich wohl *nominal* – aber eben nicht annähernd ihre heutige Kaufkraft erhaltend. Wer sich auf den Staat verlässt, wird *real* gerechnet verlassen sein – und mE wird dies für alle Rentner zutreffen, die ab oder über 2020 hinaus Rente beziehen wollen. Nur (die richtigen) Sachwerte können einen Teil der heutigen Kaufkraft und einen gewissen Lebensstandard erhalten. Leider macht es der Staat zunehmend schwer, aus privaten und gesetzlichen Lebens- und Rentenversicherungen rechtzeitig und ohne prohibitiven Verlust auszusteigen.

krisefrei.de

Am 12. und 15. April brachen die Goldpreise massiv ein, bis auf etwa 1.350 USD. Damit näherten wir uns knapp an die Produktionskosten für eine Unze Gold, die bei ca. 1.300 USD liegen.

Glauben Sie, dass der Verfall des Goldpreises bei dieser Marke halt macht, oder könnten Sie sich vorstellen, dass es nochmal nach einer Gegenbewegung nach oben Richtung 1.000 USD gehen könnte?

Peter Boehringer

Das Thema ist abendfüllend. Der physische Markt bei Gold spiegelt genau das Gegenteil des am Papiermarkt „gemachten“ Spotpreises wider. China und Indien haben heuer alleine bis einschließlich Mai 2013 mehr als 1000 Tonnen Gold nachgefragt! Annualisiert werden diese beiden Länder 2013 fast alleine den Minenoutput des gesamten Jahres aufnehmen! Dass Gold in diesem Umfeld, in dem wir zugleich Gelddruckerei, Abwertungswettläufe (derzeit ausgehend von Japan), Euro-Währungskrisen und um 50% ungedeckte Staatshaushalte (USA, UK) sehen, *fällt*, ist m.E. u.a. durch gewollte Interventionen erklärbar nach dem Motto „*Es darf gerade jetzt nicht steigen; wir können jetzt keinen am Goldpreis ablesbare Vertrauenskrise in unser Kreditgeldsystem brauchen!*“.

Da alle technischen Charts und das Sentiment gegen Gold und Silber derzeit verheerend sind, rechne ich zwar nicht mit einer schnellen „V-förmigen“ Erholung der Preise. Und auch die 1000 EUR/Unze bei Gold können kurzfristig im Rahmen eines letzten washouts noch vielleicht bis hinunter zu 950 EUR/Unze unterschritten werden, was psychologisch alle Goldbugs nochmals schwer belasten würde. Die Unterschreitung der 1000 Dollar/Unze sehe ich aber nicht mehr kommen. In keinem Szenario. Einige Daten, die man im Goldmarkt heutzutage leider immer auf Wahrhaftigkeit hinterfragen muss, deuten gar auf einen bevorstehenden signifikanten Anstieg schon in den kommenden Wochen hin.

krisenfrei.de

Wenn wir schon beim Gold sind. Anfang dieses Jahres wurde folgendes Thema heiß diskutiert: „**Bundesbank will deutsches Gold zurückholen**“.

Aus meiner Sicht dürfte die Rückholaktion mit heutigen Verkehrsmitteln aus New York, wo 1.536 Tonnen Gold lagern, max. ein halbes bis ein Jahr dauern. Die ganze Aktion soll sich aber bis 2020 hinziehen, wobei in diesem Zusammenhang aber auch nur ein Teil dieser Goldbestände zurückgeholt werden soll.

Die vielseitig diskutierte Kritik dieser fadenscheinigen Aktion, dass das in New York gelagerte Gold gar nicht mehr vorhanden sei, scheint nicht unberechtigt. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Peter Boehringer

Ja klar: rein logistisch wäre die Heimholung problemlos in wenigen Monaten machbar. Dass sich die BuBa nun fast acht Jahre bis Ende 2020 Zeit nehmen will – und noch nicht einmal einen *Fahrplan* für die Rückholung von nur 700 Tonnen aus New York und Paris aufstellen will, macht die Fragen nach der Verfügbarkeit auch nur dieser wenigen Tonnen umso dringlicher!

Die Forderung nach Transparenz in Form eines vollständigen physischen Bestands-Audits anhand zu veröffentlichender Barrennummern-Listen an allen vier BuBa-Lagerorten war darum seit Beginn unserer Aktion „**Holt unser Gold heim**“ die erste und zentrale. Und sie ist weiterhin nicht erfüllt. Die BuBa spielt bislang nur auf Zeit. Die objektive Heimholung ist noch nicht annähernd in Arbeit! Wir müssen weiterhin Druck machen – kein Rechnungshof und kein Bundestag wird es für uns tun. Weiterhin droht die Vollausbuchung zB per Gegenrechnung gegen potenziell bis zu 600+ Mrd EUR an Target2-Abschreibungen auf der BuBa-Bilanz. Noch konnten wir das durch den öffentlichen Kampf verhindern. Aber die Begehrlichkeiten auf unsere 3400 Tonnen an Volksgold sind weiterhin da – so unsinnig eine Ausbuchung

ausgerechnet der *einzig substanziellen* Position und der einzig denkbaren Teildeckung einer neuen DM auf der BuBa-Bilanz auch wäre!

krisenfrei.de

Sie sind ein Befürworter des Goldstandards bzw. des sachgedeckten Geldes. Die Geldmenge der FED wird seit 2006 nicht mehr veröffentlicht. Die Geldmenge aller Notenbanken steigt in ungeahnte Höhen. Wie kann ein Zurück zum Goldstandard bei einer Flut von Papiergeld realisiert werden? Wäre dafür ein gewaltiger Schuldenschnitt nötig oder müsste man entsprechend der Geldmenge den Goldpreis anheben, der dann, so habe ich gelesen, knapp unter 50.000 USD liegen würde?

Peter Boehringer

Das hänge sowohl vom verwendeten Geldaggregat (MZM, M0, M3? Im obigen Beispiel ist wohl die nicht mehr veröffentlichte hohe M3-Geldmenge gewählt) als auch vom angestrebten Deckungsgrad ab (10-30% würden wohl genügen). Die Frage ist derzeit rein akademisch, da nicht gewünscht.

Unabhängig hiervon fordert meine Deutsche Edelmetall-Gesellschaft e.V. nirgendwo die Einführung einer (gar staatlich gestützten) Goldwährung!

Wir fordern immer wieder ganz im Sinne der Österreichischen Schule der Nationalökonomie die „Entnationalisierung bzw. Entstaatlichung des Geldes“ (Hayek) bzw. den freien Geldwettbewerb aller denkbaren Gelder, Währungen, Geldsubstitute. **Der freie Mensch muss auch beim Geld die freie Wahl haben. Ich behaupte, die „Österreicher“ sind die einzigen Geldtheoretiker überhaupt, die ihm diese freie Wahl lassen wollen.** Bzw. wenn (falls!) die Vertreter zB der Monetative diese freie Wahl auch zugestehen (also *nicht* auf einer nicht begründbaren Monopolstellung des Monetativgelds bestünden), dann gäbe es auch gar keinen Dissens und keinen Grund zur scharfen Diskussion zwischen uns.

Dann könnte man sich endlich auf den gemeinsamen Feind konzentrieren – also auf die heutigen fraktionalen Geldfälscher der privaten Investment- und Notenbanken mit „gesetzlichem“ Monopolschutz ihres Falschgelds, das die Menschen auf Dauer nie freiwillig wählen würden. Mögen die Menschen frei entscheiden! Es gibt keinen einzig nachvollziehbaren Grund, warum ausgerechnet das Gut Geld staatliche Protektion genießen sollte.

Ausgerechnet durch jene Staaten, die noch *jedes* ihrer Geldsysteme über kurz oder lang zur Null-Kaufkraft und zur Menschen-verarmenden Währungsreform gewirtschaftet haben. Und ausgerechnet jene Staaten, die heute die Bankster weltweit mit diesem Falschgeld reich machen.

Freie Geldwahl für freie Menschen: lassen wir sie zu. Es würde dabei auch kein Chaos entstehen – das ist ein gerne gestreuter Mythos. Das „gesetzliche Geldmonopol“ existierte nicht immer. Wir wollen nur zurück zur Freiheit und zur Natürlichkeit des Geldwesens.

Sehr geehrter Herr Boehringer,
vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen und meine Fragen ausführlich beantwortet haben.

Es wäre wünschenswert, wenn dieses Interview weite Verbreitung fände.

19. Juni 2013

Dieter Sordon (www.krisenfrei.de)